

# Sanktionen: Kein Mittel friedlicher Politik

Wirtschaftssanktionen sind ein kriegerischer Akt der Mächtigen, der die Zivilbevölkerung trifft

**E**s gibt in Teilen der Politik, auch unter Friedensaktivist\*innen, eine anhaltende Debatte über Sanktionen als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik. Während sie von vielen als etabliertes Mittel in der Auseinandersetzung zwischen Staaten und Bündnissen gebilligt werden, lehnen andere sie als ungeeignetes oder gar illegitimes Mittel der Einflussnahme ab.

Die Sanktionen, um die es hier gehen soll, sind nicht-militärische, meist wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen, die von Staaten oder deren Bündnissen als Druckmittel gegen andere staatliche Akteure eingesetzt werden, um deren Verhalten zu beeinflussen: Unilaterale Sanktionen, die oft gravierende Auswirkungen auf die Wirtschaft und Versorgung eines Landes haben. Eine Begriffsvermischung mit Boykottmaßnahmen, die z. B. zivilgesellschaftliche Gruppen ergreifen können, verschleiert den Blick auf das Problem – das eine lässt sich nicht durch das andere rechtfertigen. Auch Waffenlieferungen bzw. -embargos sind hier nicht das Thema: Durch Rüstungsexporte wird per se enormer Schaden angerichtet und aus Sicht eines Friedensaktivisten gilt grundsätzlich: Waffen sind kein legitimes Handelsgut.

Nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen kann der UN-Sicherheitsrat feststellen, dass der Weltfrieden oder die internationale Sicherheit bedroht sind und – nur dann – Maßnahmen beschließen, die beispielsweise die Unterbrechung von Wirtschaftsbeziehungen, die Unterbrechung des Verkehrs und der Kommunikation beinhalten.

In solchen Fällen handelt die durch die UN-Charta legitimierte Autorität, die im Interesse aller Menschen nur und genau dann eingreifen soll, wenn es im allgemeinen und zwingenden Interesse ist, weil eben der Weltfrieden oder die internationale Sicherheit gefährdet sind. Hierfür ist eine Mehrheit im UN-Sicherheitsrat und zumindest unter den fünf Vetomächten ein Konsens erforderlich.

Aber: Neben der UN-Charta gibt es das Völkergewohnheitsrecht, in der Praxis gibt es vor allem die Gewohnheit. Und wer die Macht dazu hat, hält sich gewöhnlich nicht an den Buchstaben des Kapitel VII. Die überwiegende Mehrzahl von Sanktionen werden nicht vom Sicherheitsrat verhängt, sondern sind „einseitige

Zwangsmaßnahmen“, die von einzelnen Staaten oder Bündnissen, wie der EU, verhängt werden. Allerdings: In der Praxis sind es alleine die Mächtigen, die so ihre Interessen durchsetzen und das Verhalten anderer Staaten in ihrem Sinne zu beeinflussen versuchen. An strenge Vorbedingungen, wie sie in der UN-Charta für den Sicherheitsrat formuliert sind, fühlen sie sich dabei nicht gebunden. Und sind es effektiv auch nicht.

**S**chon 2004 hat Madeleine Albright, die frühere Außenministerin der USA unter Bill Clinton, das sehr deutlich formuliert, und Angela Merkel hat es auf der sogenannten Sicherheitskonferenz in München genau so wiederholt: „Die zentrale außenpolitische Zielsetzung lautet, Politik und Handeln anderer Nationen so zu beeinflussen, dass damit den Interessen und Werten der eigenen Nation gedient ist. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern.“ Eine enttäuschende Klarstellung für alle, die Europa und die USA als überzeugende Hüter der Menschenrechte erleben mit dem legitimen Auftrag, den Rest der Welt mit ihrer pluralistischen Kultur zu missionieren.

In der von Albright und Merkel beschriebenen Eskalation spielen Sanktionen eine zentrale Rolle. Während uns allerdings gesagt wird, dass es um Frieden, um die Menschenrechte und um Demokratie geht, sind die Interessen und Motive viel eher: Märkte erschließen und sie offenhalten; Rohstoffe zu möglichst niedrigen Preisen beschaffen, damit die Konjunktur nicht ins Stottern gerät; geostrategische Positionen sichern und die bestehenden Machtverhältnisse festigen.

Ein gutes Beispiel war im Zusammenhang mit dem Atomwaffenverbotsvertrag zu beobachten: Der stellt natürlich die Machtverhältnisse in Frage. Im Zuge der Verhandlungen machten die USA erheblichen Druck. Gut dokumentiert ist das z. B. in Bezug auf Schweden (*Associated Press*, 10/2020). Und aus Entwicklungsländern war zu hören, dass ihnen gedroht wurde nach dem Motto: „Wenn Ihr den Vertrag unterschreibt, dann werden Gelder nicht ausgezahlt.“ Das ist wohl einer der Gründe, weshalb deutlich weniger Staaten den Vertrag bisher unterschrieben oder gar ratifiziert haben als auf der UN-Generalversammlung ursprünglich dafür gestimmt haben.



SYRIEN: SCHLANGESTEHEHN VOR EINER HILFSKLINIK DER CARITAS, DIE AUCH KOSTENLOSEN ZUGANG ZU MEDIKAMENTEN GEWÄHRT.

Es wird also mit Sanktionen gedroht, wenn ein Land sich den Interessen der Mächtigen widersetzt. Hierin liegt ein wesentliches Merkmal von Sanktionen: Sie werden immer vom Starken gegen den Schwachen ausgesprochen. Ganz im Sinne von Albright und Merkel.

Man stelle sich vor: Die Regierung von Mexiko ist über den Umgang mit den Menschen, die über die Grenze in die USA wollen, empört und sagt, dadurch werde die internationale Sicherheit bedroht, wir verhängen nun Wirtschaftssanktionen gegen die USA. Das wäre aufgrund der bestehenden Machtverhältnisse offensichtlich absurd. Sanktionen sind somit kein symmetrisch verfügbares Instrument.

**W**as ist mit der klassischen Form von Sanktionen, wie sie beispielsweise gegen Irak verhängt wurden, gegen Nordkorea oder gegen Syrien? Ist es da nicht geboten, vor dem Einsatz von Waffen mit wirtschaftlichen Maßnahmen Druck auszuüben, um die Menschenrechte und die Demokratie zu verteidigen?

Es sollte längst klar sein, dass das nicht funktioniert. Wer unter den Sanktionen zu leiden hat, ist in aller Regel die Zivilbevölkerung. Es ist in kaum einem Fall gelungen, eine Regierung dadurch ins Wanken zu bringen oder auch nur ihr Verhalten zu ändern. Im Gegenteil, die Repression nimmt unter dem Druck der Sanktion zu. Der Elite schadet die Sanktion am wenigsten, und die Kluft zwischen ihr und der leidenden Bevölkerung vergrößert sich.

Sanktionen können in ihrer Auswirkung nicht zuverlässig kontrolliert werden. So hat die Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran seitens der USA dazu geführt, dass Banken und – auch europäische – Firmen ihre Geschäftsbeziehungen in den Iran beendeten, um Schaden für ihre internationalen Geschäfte abzuwenden. Diese „Over-Compliance“ verschärft die Wirkung der Sanktionen.

Im Fall von Syrien sind finanzielle Transaktionen erheblich beschränkt. Hilfsorganisationen haben größte Mühe, ihre Arbeit zu tun, weil die Gelder für ihre Angestellten nicht überwiesen werden können. Laut Alena Douhan, UN-Sonderberichterstatterin zu den negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen, wird so die humanitäre Versorgung wie auch der Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Infrastruktur beeinträchtigt. So wie im Irak in den

90er Jahren fehlen heute in Syrien Medikamente. Medizinische Geräte, Fahrzeuge, Generatoren und Pumpen können nicht repariert werden, weil die Ersatzteile unter das Embargo fallen. Die Folgen für die Bevölkerung sind verheerend.

**D**ie Sanktionen, die insbesondere die westlichen Staaten gegen Syrien verhängt haben, und dazu gehört auch die diplomatische Isolation, verfolgen das Ziel, die Machtverhältnisse im Land zu ändern. Das hat in Syrien allerdings genauso wenig funktioniert wie in Afghanistan, wo 20 Jahre lang militärisch interveniert wurde. Wenn dem Land nun, nach der Machtübernahme der Taliban, die dringend benötigte Hilfe entzogen wird, um die neuen Machthaber zu sanktionieren, wird die Zivilbevölkerung auch hier den Preis dafür bezahlen. Während afghanische Gelder auf westlichen Konten eingefroren werden, verkaufen Eltern ihre Töchter, damit der Rest der Familie überlebt – über solche Familienschicksale berichten etwa CNN-Journalist\*innen in ihrer Reportage aus Afghanistan (02.11.2021).

Sanktionen sind, das wird hier deutlich, ein kriegerischer Akt. Sie sind Krieg mit wirtschaftlichen Mitteln. Sie dienen nicht der Durchsetzung von Frieden und Menschenrechten, sondern von Interessen.

Der US-amerikanische Völkerrechtler Alfred de Zayas, der im Auftrag des UN-Menschenrechtsrates die Folgen der US-Sanktionen gegen Venezuela untersucht hat, hat gesagt: „Eine Sache müssen wir alle verstehen – heutige Wirtschaftssanktionen und Finanzblockaden sind vergleichbar mit mittelalterlichen Belagerungen von Städten mit der Absicht, sie zur Kapitulation zu zwingen.“

Krieg darf kein Mittel der Politik sein, und auch Sanktionen nicht. Zumindest nicht einer Friedenspolitik, die den Namen verdient.



Dr. Helmut Lohrer  
ist International  
Councillor der  
IPPNW.